Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 82 — Sonnabend, den 11. Juli 1931. — 44. Jahrgang

Eine Ausfallbürgschaft der Wirtschaft

500 Millionen für die deutsche Golddiskontbank.

Berlin, 9. Juli.

Sämtliche großen Industrieunternehmungen, Banken und Schiffahrtsgesellschaften haben an den Reichsbankpräsidenten einen Brief gerichtet, in dem sie davon Mitteilung machen, daß sie sich entschlossen haben, der deutschen Golddiskontbank eine Ausfallbürgschaft von 500 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Der Zweck ist, die Bank in die Lage zu versetzen, in noch viel stärkerem Maße als bisher ein wirksames Kreditinstrument zu sein. Der eigentliche Sinn dieses Schrittes ist jedoch, von seiten der gesamten deutschen Wirtschaft gegenüber dem In- und dem Ausland unter Beweis zu stellen, daß trotz der bekannten Ereignisse auf dem Devisenmarkt und anderer Erscheinungen des Mißtrauens die deutsche Wirtschaft stark genug und willens ist, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Das Schreiben ist von etwa 1000 deutschen Firmen unterzeichnet, die sich in allerkürzester Zeit zu diesem Schritt zusammengefunden haben.

Wortlaut des Briefes.

Die Botschaft des Präsidenten Hoover hat der Welt den großen Ernst der deutschen Lage offengelegt. In der Zeit, die zwischen der Verkündung dieser Botschaft und ihrer Annahme verstrichen ist, hat sich die Lage noch verschärft. Wir hoffen, daß die nunmehr erfolgte Zustimmung aller beteiligten Staaten zu dem Pakt die Grundlage für den wenn auch sicher schwierigen Wiederaufbau bietet.

Das Ziel muß jetzt sein, das Vertrauen auf Deutschland und in Deutschland wiederherzustellen, weitere Kreditkündigungen zu vermeiden und dem Devisenabfluß Einhalt zu tun.

Wir haben uns entschlossen, unsere Mitwirkung durch Zusammenfassung der deutschen wirtschaftlichen Kräfte in folgender Weise zur Verfügung zu stellen.

Unter Führung der deutschen Golddiskontbank wird von deutschen Unternehmungen aus Industrie, Banken, Schiffahrt und Handel ein Garantie-Syndikat gebildet, das eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Millionen Mark übernimmt, um durch diese Garantiemasse die Aktionskraft der deutschen Golddiskontbank zu verstärken.

Diese Haftsumme wird nach einem bestimmten Verfahren auf die tausend größten deutschen Unternehmungen umzulegen sein, wobei an einen bereits vorhandenen Verteilungsschlüssel gedacht ist. Wir sind uns bewußt, welches Obligo eine solche Summe für uns bedeutet, sind aber zu dieser Leistung bereit, um die deutsche Golddiskontbank, die sich bereits früher in schwieriger Lage als eine Hilfe für die deutsche Wirtschaft bewährt hat, so zu stärken, daß sie über ihren bisherigen Rahmen hinaus namentlich in der jetzigen schwierigen Uebergangszeit als Kreditinstrument wertvolle Dienste leisten kann.

Diese unsere Garantieleistung kann jedoch nur wirksam werden, wenn es dem Reichsbankdirektorium gelingt, in der Zusammenarbeit mit den ausländischen Notenbanken die für die deutsche Wirtschafts- und Kreditlage notwendigen Erleichterungen unter Mitwirkung der ausländischen Bankwelt uns zu verschaffen.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident, die zur Verwirklichung dieses Vorschlages notwendigen Maßnahmen alsbald in die Wege zu leiten.

Verordnung des Reichspräsidenten.

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird entsprechend der Anregung namhafter Träger des deutschen Wirtschaftslebens folgendes verordnet:

Paragraph 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung in Anlehnung an die Vorschriften des Aufbringungsgesetzes vom 30. August 1924 (Reichsgesetzblatt II Seite 269) die danach aufbringungspflichtigen Unternehmen, deren Betriebsvermögen fünf Millionen Mark übersteigt, anteilig zu verpflichten, die Haftung bis zum Gesamtbetrage von 500 Millionen Mark für etwaige Ausfälle aus Kreditgeschäften zu übernehmen, welche die deutsche Golddiskontbank im Interesse der Aufrechterhaltung des deutschen Auslandskredits tätigt. Die Reichsregierung erläßt die näheren Vorschriften; sie kann mit der Durchführung treuhänderischer Aufgaben die Bank für deutsche Industrieobligationen in Ergänzung der ihr im Paragraphen 7 des Industriebankgesetzes vom 31. März 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 124) zugewiesenen Aufgaben betrauen.

Paragraph 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

*

Die führenden Kreise der deutschen Wirtschaft und Industrie haben den Schritt getan, der auf die Hoover-Aktion folgen mußte: den Schritt der Selbsthilfe zur Wiederherstellung des nötigen Generalkredits Deutschlands in der Welt. Sie haben die Bürgschaft für eine halbe Milliarde gegeben, die jetzt von außen her aufgebracht werden soll, um neues Betriebskapital fruchtbringend auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt anzulegen. Die Reichsregierung hat diesen Schritt, der sicherlich ein Opfer bedeutet, aber ein Opfer zur Selbsterhaltung, durch eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten die gesetzliche Grundlage gegeben. Diese Notverordnung rückt die Verantwortlichkeit derer, die die Bürgschaft übernommen haben, in das rechte Licht. Jetzt ist es Zeit, auf dem freigemachten Weg rüstig weiterzuschreiten. Die Kreditbürgschaft der deutschen Industrie, immerhin ein vertrauenschaffendes Zeichen für den Glauben an die eigene Kraft, ist erst der Anfang. Ist die Grundlage für die Wege einer neuen Kreditpolitik, um deren gesetzliche Fundamente das Reichswirtschaftsministerium, das in erster Linie für die neue Notverordnung des Reichspräsidenten federführend ist, sich raschestens bemüht hat. Nun wird das nächste Wort wieder bei denen liegen, deren Gold- und Geldkraft schon zu lange brachgelegen hat, und die in diesen Wochen mehrmals drohender Katastrophen den Beweis geliefert bekommen haben, daß es nutzbar ist, mit dem Pfund zu wuchern, das sonst wertlos bleibt. Wieder gilt: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal!"

Die Quittung wird präsentiert

England für Aufschiebung von Flottenbau und Zollunion.

London, 10. Juli.

Offensichtlich auf den Einfluß höherer Stellen hin fordert die englische Presse von Deutschland als Gegenleistung für die Hilfe, die es durch das Hoover-Moratorium erhalte, von sich aus freiwillig zur Verbesserung der europäischen Atmosphäre beizutragen. Deutschland soll, wie die „Times" und der der Regierung besonders nahestehende „Daily Herald" übereinstimmend sagen, von sich aus erklären, daß es die Arbeiten an dem neuen Panzerschiff „Ersatz Elsaß-Lothringen" während des Hoover-Moratoriums und die österreichisch-deutsche Zollvereinigung bis auf weiteres verschieben will.

Wie die „Times" jetzt dazu kommt, das deutsche Panzerschiff in den Mittelpunkt der Erörterungen zu stellen, ist völlig unverständlich. Wenn das Blatt sagt, wir sollten zur Konsolidierung in Europa beitragen, so kann demgegenüber nur betont werden, daß Deutschland nicht durch seine eigene Schuld in die fatale Lage geraten sei. Angesichts der grotesken Mißverhältnisse zwischen den Stärken der deutschen Flotte und beispielsweise der englischen und der französischen Flotte, muß eine derartige Verzichtleistung als eine unverständliche Zumutung bezeichnet werden. Abgesehen davon, würde auch ein Einstellen des Baues des Panzerschiffes „B" außerordentliche technische Schwierigkeiten mit sich bringen. Auf der auf gleicher Linie liegende Andeutung der „Times" hinsichtlich der Zollunion erregt in Berlin um so größere Verwunderung, als der „Daily Telegraph" erklärt hat, daß die englische Regierung nicht beabsichtige, politische Fragen mit den rein wirtschaftlichen und finanziellen Erörterungen zu verquicken. An zuständiger Stelle in Berlin wird erklärt, daß Deutschland das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Haager Gerichtshof, die noch in diesem Monat beginnen, abwarten werde.

Moratorium besteht bereits.

In amerikanischen Meldungen wird die Frage aufgeworfen, ob das Moratorium bereits in Kraft sei oder ob sein Inkrafttreten noch von den bevorstehenden Verhandlungen der Sachverständigenkonferenz abhängig sei. Nach deutscher Auffassung kann über das bereits erfolgte Inkrafttreten des Moratoriums nicht der geringste Zweifel bestehen, nachdem das Telegramm des Reichspräsidenten von Hindenburg an den Präsidenten Hoover unwidersprochen geblieben ist. Die deutschen Vertreter auf der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz sind noch nicht ernannt.

Die Unterredung von Hoesch-Laval.

Paris, 10. Juli

Von amtlicher Seite wird über die Unterredung des Botschafters von Hoesch mit dem Ministerpräsidenten Laval folgende Verlautbarung herausgegeben:

„In Abwesenheit des Außenministers Briand, der für zwei Tage aufs Land gefahren ist, hatte Botschafter von Hoesch eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Laval. Die Unterredung diente der Aussprache über die in Verfolg der Einigung über das Feierjahr nunmehr zu unternehmenden Schritte. Im Verlaufe der Unterredung gab der Botschafter die Befriedigung der deutschen Regierung darüber zu erkennen, daß der Vorschlag des Präsidenten Hoover nach Abschluß der Pariser Verhandlungen nunmehr von allen Mächten angenommen worden ist. Ferner gab der Botschafter dem Ministerpräsidenten Kenntnis von der Erklärung des Reichskanzlers vom 2. Juli und von der Kundgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk vom 7. Juli."

Der Besuch des deutschen Botschafters beim französischen Ministerpräsidenten findet in der Morgenpresse ein Echo, wie es nur bei sehr großen politischen Ereignissen üblich ist. Alle großen Informationsblätter widmen dem Ereignis lange Artikel. Sie unterstreichen besonders, der Botschafter habe den französischen Ministerpräsidenten wissen lassen, daß Brüning und Curtius bis zum 25. Juli in Berlin zurückgehalten seien, daß ihr Pariser Besuch aber in den letzten Tagen des Juli oder den ersten Tagen des August stattfinden könne.

Luther in London eingetroffen.

Reichsbankpräsident Dr. Luther ist von Berlin über Amsterdam nach London abgereist, wo er bereits eingetroffen ist. Dr. Luther beabsichtigt nach Beendigung seiner Verhandlungen in London, sich auf der Rückreise zunächst nach Brüssel und später nach Basel zu begeben. Ob Reichsbankpräsident Luther auch Paris einen Besuch abstatten wird, steht zur Stunde noch nicht fest.

Hoover dementiert sich.

Die Erklärung des Unterstaatssekretärs Castle, daß Hoover anfänglich die allgemeine Herabsetzung der politischen Schulden vorzuschlagen beabsichtigt habe, hatte den Eindruck erweckt, daß das einjährige Schuldenmoratorium lediglich als Auftakt einer substanziellen Reduzierung der Reparationszahlungen und der interalliierten Schulden gedacht sei.

Die Berichte der ausländischen Pressevertreter ließen erkennen, daß auch in den europäischen Hauptstädten die Aeußerung des Unterstaatssekretärs vielfach in dem gleichen Sinne ausgelegt worden ist.

Der heftige Widerspruch,

den diese Auslegung im Lager der unbedingten Revisionsgegner unter den Kongreßmitgliedern ausgelöst hat, veranlaßte Castle anscheinend auf Veranlassung Hoovers, die Erklärung zu widerrufen. Der Unterstaatssekretär betonte, daß Hoover zu keiner Zeit „irgendeine ständige Revision" der bestehenden Schuldenabmachungen vorgeschlagen oder in Erwägung gezogen habe, Zweck des Hoover-Planes sei lediglich gewesen, die durch die Weltdepression hervorgerufene wirtschaftliche Bürde zu erleichtern. Die Washingtoner Regierung habe ihren Standpunkt in der Erklärung Hoovers vom 20. Juni klar zum Ausdruck gebracht. Die Unantastbarkeit aller Schuldenabmachungen sei während der Verhandlungen ständig aufrechterhalten worden.

Im weiteren Verlauf des Pressempfanges erklärte Castle, daß die Unterzeichner des Youngplanes nunmehr vor der wichtigen Aufgabe ständen, die Inkraftsetzung des Hoover-Planes vor dem 15. Juli sicherzustellen, damit ein Mißlingen des Moratoriums vermieden werde.

Befriedigung über Castles Erklärungen.

Paris, 10. Juli. Mit Befriedigung werden die neuen Erklärungen des Staatssekretärs Castle aufgenommen. Die formelle Zurückweisung der Gerüchte, daß der Präsident eine allgemeine Revision der interalliierten Schulden und der Tribute ins Auge gefaßt habe und die Versicherung, daß alle Verträge respektiert werden würden, hat natürlich die französische Stellung außerordentlich gestärkt.

Im gleichen Sinne wird der Schritt der Reichsregierung ausgelegt, aus dem die französische öffentliche Meinung den Schluß zieht, Deutschland habe auf seinen Widerstand gegen die französische Politik und Stabilisierung der Verträge endgültig verzichtet und sei bereit, von neuem auf den Boden des Versailler Vertrages zu treten, sowie ihn Frankreich versteht.

Amerika nach Genf eingeladen.

Zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erhielt eine Einladung des Völkerbundes, an der Abrüstungskonferenz in Genf im Februar nächsten Jahres teilzunehmen. Nach Aeußerungen in Regierungskreisen wird dem Völkerbund in den nächsten Tagen mitgeteilt werden, daß Amerika die Einladung gern annehme.

Hoovers Abgesandter zur Sachverständigenkonferenz.

Washington, 10. Juli. **Hoover bestimmte den Botschafter Gibson als Vertreter Amerikas zum Sachverständigenkomitee zur Ausarbeitung der Einzelheiten des Moratoriumsplans. Da man bisher mit der Entsendung eines Botschaftsrats von der Pariser Botschaft gerechnet hat, zeigt die Ernennung Gibsons, daß Präsident Hoover der Sachverständigenkonferenz erhöhte Bedeutung beizulegen scheint.**

Erster Erfolg des Hoover-Plans

Keine weitere Inanspruchnahme des Schatzanweisungskredits.

Berlin, 10. Juli. Das Reichsfinanzministerium hatte durch die Reichsbank mit einer inländischen Bankengruppe einen Schatzanweisungskredit abgeschlossen, der bis zu 250 Millionen betragen sollte, aber nur mit 184 Millionen Mark in Anspruch genommen worden ist. Die Fälligkeit dieses Betrages war für den 16. Juli vorgesehen. Das Reichsfinanzministerium hat sich entschlossen, von seinem Prolongationsrecht keinen Gebrauch zu machen. Demnach wird der Betrag von 184 Millionen Mark am 16. Juli dem Geldmarkt wieder zugeleitet.

Kampfansage der nationalen Opposition.

Sonderbesprechungen zwischen Hugenberg und Hitler.

— **Berlin**, 10. Juli.

In Berlin traten Vertreter der rechtsgerichteten Opposition zu einer Sonderbesprechung zusammen, an der Dr. Hugenberg und Adolf Hitler teilnahmen. In dem über die Tagung ausgegebenen kurzen Kommunique, das den Charakter einer Kampfansage trägt, heißt es, daß der Versuch der derzeitigen Machthaber, die Erfüllungspolitik unter verschleierten neuen Formen auch weiterhin aufrecht zu erhalten, zu einheitlichem, ernstem Entschluß führte. Die nationale Opposition werde den Entscheidungskampf zur Niederringung des heutigen Systems einleiten und durchführen.

Anleiheverhandlungen in London?

Nachdem mit der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten auf der Grundlage des Bürgschaftsangebots der führenden Unternehmen die Möglichkeit zu Anleiheverhandlungen mit der ausländischen Finanz gegeben ist, rechnet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310711-15/fragment/page=0001

man damit, daß Reichsbankpräsident Dr. Luther sich unverzüglich nach London begeben und dort Verhandlungen über eine neue Anleihe führen wird.

Im Verlaufe eines Presseempfangs äußerte sich Reichsbankpräsident Dr. Luther über die Bedeutung der Ausfallbürgschaft dahin, man dürfe sich nicht dem Irrtum hingeben, als wenn die Golddiskontbank mit der Ausfallbürgschaft über eine Kreditmöglichkeit in Höhe von nur 500 Millionen Mark verfüge. Diese Ausfallbürgschaft sei etwa dem Aktienkapital einer Bank gleichzustellen. Und so könne man auch auf der Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Millionen Mark ein Mehrfaches dieses Betrages als Kredit aufbauen.

Luther und Norman auf dem Wege nach Paris.

London, 10. Juli. Reichsbankpräsident Luther ist von London gemeinsam mit dem Präsidenten der Bank von England, Montague Norman, mit der Bahn nach Paris weitergefahren.

Preußischer Landtag.

Das Haus lehnt seine Auflösung ab.

Berlin, 10. Juli.

Das Haus nahm den Vertrag zwischen dem preußischen Staat und der Volksbühne, der anläßlich der Schließung der Krolloper eine Entschädigung der Volksbühne vorsieht, mit 227 gegen 2 Stimmen an.

Es hatte dann darüber zu entscheiden, ob es entsprechend dem Volksbegehren und einem kommunistischen Antrag aufgelöst werden solle. Mit 229 gegen 190 Stimmen wurde die Auflösung abgelehnt. Gegen die Auflösung stimmten im wesentlichen nur die Regierungsparteien. Das Ergebnis wurde bei der Opposition mit lebhaften Pfui-Rufen aufgenommen.

Ferner lehnte es in einfacher Abstimmung den Antrag der Kommunisten auf Aufhebung des Verbots der Spartakiade gegen die Antragsteller ab.

Auch der deutschnationale Antrag, den Polizeipräsidenten von Berlin wegen seiner Haltung gegenüber der Spartakiade seines Amtes zu entheben, wurde abgelehnt, und zwar in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 165 Stimmen.

Eine kurze Debatte entspann sich über das Notstandsprogramm für den Oberharz. Der Ausschußantrag mit dem Notstandsprogramm für den Oberharz wurde angenommen.

Annahme findet auch der Ausschußantrag, der die Regierung ersucht, mit den staatlichen Meliorationsbeihilfen für 1931 nicht hinter denjenigen Beträgen zurückzubleiben, die von den Provinzen zum gleichen Zweck in ihre Haushaltspläne für 1931 eingestellt worden sind.

Zum Schluß beschäftigte sich das Haus mit Anträgen zu Gunsten der Erwerbslosen und vertagte sich auf Freitag.

Lateran-Vertrag in Gefahr.

Kommt es zur Kündigung des Konkordats?

Rom, 10. Juli

Die Verschärfung des Konfliktes zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung droht zu ernsten politischen Konsequenzen zu treiben. Die italienische Regierung ist über die letzte Enzyklika des Papstes und namentlich über die auch darin immer wiederkehrende Anrufung des Auslandes ganz besonders erregt, sie sieht sich in die Verteidigung gedrängt, und sie führt diese Verteidigung mit der gleichen Schärfe, die der Vatikan sich mehr und mehr aneignet.

Mit besonderer Verstimmung nimmt die italienische Regierung den Widerhall zur Kenntnis, der die Angriffe des Papstes gegen das faschistische Regime in der katholischen Presse anderer Länder gefunden haben. Schon spricht man ganz offen davon, daß die Abmachungen des italienischen Konkordats von der Kirche in einer Weise verletzt würden, die zu einer Aufhebung des ganzen Vertrages treiben könnte. Das wäre eine Aktion von außerordentlicher Tragweite, denn es gilt für die beiden Vertragspartner als feststehend, daß das Konkordat und die Lateran-Verträge eine Einheit bilden,

so daß mit dem Ende des Konkordats auch die Lateran-Verträge ihr Ende fänden.

Das hieße, daß der neue vatikanische Staat wieder aufhören würde, zu existieren.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Ende Juni wurden noch 3 962 000 Erwerbslose registriert.

Der Arbeitsmarkt hat sich nach dem Bericht der Reichsanstalt in der zweiten Juni hälfte wiederum in bescheidenem Umfange gebessert. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen lag mit 3 962 000 um 38 000 niedriger als am 15. Juni; im Vorjahre betrug der Rückgang nur 5000. Seit dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Februar haben inzwischen wieder 1 030 000 Erwerbslose Arbeit gefunden.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging vom 16. bis 30. Juni um 62 000 auf 1 414 000 zurück. Die Krisenfürsorge erfuhr einen Zuwachs von 6000 und zählt jetzt 940 000 Hauptunterstützungsempfänger. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen betrug am letzten Stichtage (Ende Mai) 1 004 000.

Deutsche Tagesschau.

Viehausfuhrsperre über Oldenburg.

Nachdem der oldenburgische Landtag kürzlich die Uebernahme der Ausfallbürgschaften für die oldenburgischen Viehlieferungen nach Rußland abgelehnt hat, ist Oldenburg von sämtlichen Viehlieferungen nach ausländischen Staaten ausgeschlossen worden. Die Deutsche Agrargesellschaft besteht vor der Wiedereinschaltung der oldenburgischen Viehwirtschaft in die von ihr gepflegte Zuchtviehausfuhr für das gesamte Ausland, auch außerhalb Rußlands, auf der Aufhebung des Landtagsbeschlusses, der die Uebernahme einer Ausfallbürgschaft abgelehnt hat.

Eine Notverordnung in Baden?

Die badische Staatsregierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen auf Grund des Artikels 56 der badischen Verfassung ein Notgesetz zur Deckung des Fehlbetrages im badischen Staatshaushalt zu erlassen. Durch dieses Notgesetz sollen die Gehälter der badischen Beamten um weitere fünf v. H. gekürzt werden. Außerdem soll der Schullastenausgleich zwischen Land und Gemeinden abgeändert werden. Ferner ist beabsichtigt, die Beträge, die das Land Baden bisher zum Fürsorgeaufwand der Gemeinden beigesteuert hat, zu kürzen. Die Gemeinden sollen für den ihnen entstehenden Einnahmeausfall dadurch zum Teil entschädigt werden, daß sie ermächtigt und verpflichtet werden, die Gehälter der Gemeindebeamten ebenfalls um weitere fünf v. H. zu kürzen.

Der Fehlbetrag im bayrischen Haushalt.

Im bayrischen Landtag fand eine interfraktionelle Besprechung über die Finanzlage und die Haushaltsabgleichung statt, wobei Ministerpräsident Dr. Held einen Ueberblick über die durch den erheblichen Rückgang der Steuereinnahmen gekennzeichneten Entwicklung der bayrischen Staatsfinanzen gab. Bayern befinde sich in der gleichen Lage wie alle anderen deutschen Länder, da es vorerst nicht wisse, wie es seinen Staatshaushalt abgleichen solle. Irgendwelche Beschlüsse wurden in der Besprechung nicht gefaßt. Doch kann mitgeteilt werden, daß der ausgeglichene Haushaltsvoranschlag sich in einen ausgesprochenen Fehlbetragshaushalt verwandelt hat.

Auslands-Rundschau.

Molotow ergänzt Stalins Rede.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Molotow, hielt in der Sitzung der Finanzsachverständigen eine Rede, in der er erklärte, daß die Grundsätze, die Stalin in seiner letzten großen Rede dargelegt hat, in der nächsten Zeit durchgeführt würden. Es handele sich nicht nur um eine Aenderung der Grundsätze der wirtschaftlichen Methoden der Sowjetunion, sondern um die Schaffung neuer praktischer Methoden, um die Wirtschaft zu heben und die Produktion zu steigern.

Vor einer Sowjetamnestie?

In gutunterrichteten Kreisen erwartet man, daß das Präsidium des Vollzugsausschusses der Sowjetunion für die Verurteilten des Ramsin-Prozesses und des letzten Menschewisten-Prozesses eine Amnestie erlassen werde. Außerdem wird für diejenigen Bauern, die sich geweigert haben, den Kollektiven beizutreten, eine Teilamnestie erwartet. Die Amnestie wird wahrscheinlich zum 14. Jubiläum der Sowjetmacht erlassen werden.

Das Programm der Juli-Besprechungen.

Das Programm für die Zusammenkünfte des Monats Juli wird in Paris folgendermaßen entworfen: Am 13. Zusammentritt des Verwaltungsrats der Bank für internationale Zahlungen in Basel, am 14. Besuch Hendersons in Paris, am 15. und 16. Stimson in Paris, am 17. Reise Macdonalds und Hendersons nach Berlin, am 25. oder 26. Brüning und Curtius in Paris. Der Gegenbesuch Lavals und Briands ist noch nicht endgültig festgesetzt, doch behauptet man, daß sich die französischen Minister nicht nach Berlin, sondern nach Baden-Baden begeben wollen. — Darauf dürfte man deutscherseits kaum eingehen. Es ist wohl selbstverständlich, daß der Gegenbesuch in der deutschen Hauptstadt erfolgt, und daß die deutschen Minister nicht gezwungen sind, den Franzosen auf halbem Wege entgegenzufahren.

Kleine politische Meldungen.

Gesandter Popoff verläßt Berlin. Der bulgarische Ministerpräsident gab die Abberufung des Berliner bulgarischen Gesandten Professor Popoff bekannt, der an der Sofioter Universität eine Professur erhält. Die Ernennung seines Nachfolgers ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Abflauen des Textilstreiks in Nordfrankreich. Im nordfranzösischen Textilgebiet haben 41 000 Arbeiter die Arbeit wiederaufgenommen und täglich kommen neue hinzu.

Verstärkung der französischen Grenzposten in Marokko. Die französischen Grenzposten in Marokko sind verstärkt worden. Angeblich fürchtet der französische Oberkommissar, daß die spanische Marokkozone überraschend geräumt wird.

Die sechs dem Kelloggpakt nicht beigetretenen Staaten. Außenminister Henderson gab bekannt, daß von 66 Staaten, die eingeladen worden waren, dem Kelloggpakt beizutreten, nur sechs dieser Aufforderung bisher nicht nachgekommen seien, und zwar Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ekuador, San Salvador und Uruguay.

Aus der Umgegend

Nebra, 11. Juli.

— **Vom Wetter.** Erst war es zu heiß, am Sonntag noch seufzte jeder unter der gewaltigen Einwirkung der Hundstagstemperatur auf Körper und Geist, als jedoch am Montag das Gewitter einen raschen Umschwung brachte, da war es diesem und jenem auch nicht ganz willkommen, daß anscheinend eine kältere Periode die Führung zu übernehmen sich anschickte. Viel Unheil hat der Wettersturz in der Welt angerichtet, unermeßliche Werte sind vernichtet worden, Menschenleben sind sogar zu beklagen, doch unsere Gegend ist von diesen traurigen Naturereignissen verschont geblieben. Dahingegen haben die Niederschläge an einigen Tagen dieser Woche hier einen recht günstigen Einfluß auf das Wachstum aller Feldfrüchte ausgeübt, namentlich auf Kartoffeln und Rüben, sodaß der Landmann seine Freude daran haben kann. Nun aber dürfte es wohl genug des Guten sein, wir sehnen alle wieder wärmeres, sonniges Wetter herbei, um die sowieso nur kurze Sommerzeit noch etwas genießen zu können. Andererseits aber steht auch die Ernte vor der Tür, sie glücklich und möglichst rasch hintereinander hereinzubringen ist der Wunsch jedes Landwirts, und darum mag die Sehnsucht nach gutem Wetter voll berechtigt sein. Aber auch andere Interessenten sind vorhanden, wir denken an all diejenigen, die ihre Ferienzeit jetzt verbringen wollen. Sei es auswärts, sei es daheim, immer wird die Ferienzeit einen höheren Reiz haben, wenn schönes Wetter lohnende Spaziergänge begünstigt. Auch die Jugend, befreit von dem Schulzwang, möchte während der nächsten Wochen nicht in der Stube sitzen, sondern hinausspringen in Wald und Flur, sich die Haut bräunen lassen von den heißen Sonnenstrahlen und die Lungen weiten beim Spiel und Turnen.

— **Der Jahrmarkt** ist herbeigekommen, das geschäftliche Treiben in den Geschäftslokalen, in Gastwirtschaften, auf den Straßen und vor allem in den Familien zeigt es an, daß nur noch Tage uns von dem Jahrmarktsfest mit all seinem Geschäfts- und Vergnügungsbetrieb trennen. Verkaufsstände sind auch diesmal wieder eine ganze Anzahl gemeldet, alle rechnen damit, daß die Kaufkraft auf dem Lande immer noch vorhanden ist, auch für gute Unterhaltung ist durch die Inhaber unserer Vergnügungsetablissements und auch auswärtige Unternehmen hinreichend gesorgt. Da die Erntearbeiten noch nicht so dringend sind, darf mit einem regen Besuch der Landbewohner gerechnet werden, sodaß der Geschäftsumsatz recht befriedigend ausfallen wird.

— **Der rege Fremdenverkehr** am Jahrmarkt gibt unseren ortsansässigen Geschäftsleuten immer Anregung, ihre Erzeugnisse und reichen Warenvorräte zur Schau zu bringen, auch durch Gewährung besonderer Vorteile beim Kauf wird dem Publikum gezeigt, daß es durchaus nicht nötig ist, nach der Großstadt zu fahren, um sich dort minderwertige Waren zu erstehen. Man sehe sich z. B. die geschmackvoll dekorierten Schaufenster der Firma Friedrich Krey an, gehe in den Laden und prüfe die Qualität der Waren, und bald wird jede verständige Hausfrau herausfinden, daß die Firma wirklich ein Sonderangebot macht, wie es in den Warenhäusern der Großstadt nicht zu finden ist. Und so verhält es sich wohl in all unseren einheimischen Geschäften, ob es ein Handwerksbetrieb oder ein Handelsunternehmen ist. Jeder Inhaber ist bemüht, durch gute Ware, reelle, niedrigste Preise Dauerkunden zu werben, die sog. Laufkundschaft kommt hier nicht infrage. Ein Versuch wird unsere Ausführung bestätigen.

— **Jahrmarktsveranstaltungen.** Wie immer an Markttagen wird in unseren Vergnügungs-Etablissements viel los sein, die von auswärts kommenden Besucher werden auch diesmal keine Langeweile haben und reichlich Gelegenheit finden, ihr Geld los zu werden. Im Schützenhaus ist der beliebte Jahrmarkts-Ball, in der „Sorge" großer Jazz-Tanz angesagt. In der „Burg" dürfte es wohl auch nicht ganz still bleiben. — Für Bewirtung ist überall bestens vorgearbeitet, auch werden unsere Fleischermeister mit ihren berühmten Rostbratwürsten schon am Nachmittag so manchem Marktgast den Appetit stillen. Die üblichen Süßigkeiten für Kinder, vor allem die Vorräte an Speise-Eis werden ebenfalls zur Stelle sein.

— **Die Stadt-Lichtspiele** im „Preußischen Hof" haben am Sonntag und Montag die Pforten geöffnet. Der Kinobesuch gehört schon seit langem zum Marktvergnügen nicht nur für die Land-, nein auch für den Stadtbewohner, zumal es gewiß ist, daß Herr Borgwardt gerade für diese Tage etwas besonders Gutes bietet. Jeder Tag bringt etwas anderes — man lese das Programm im Anzeigenteil. Vor allem sei darauf hingewiesen, daß beide Programme reichhaltig sind und jedesmal auch einer der beliebten Wild-West-Filme abgerollt wird.

— **Vom Altertums- und Verkehrsverein.** Im Rahmen der diesjährigen Sommerveranstaltungen des Vereins findet am Mittwoch, dem 15. Juli, nachmittags im beliebten Ausflugsorte Hermannseck ein Sommerfest, verbunden mit einem großen Waldkonzert der beliebten Mehlskapelle, statt, für Unterhaltung der Teilnehmer ist bestens gesorgt. Ueberraschungen sind vorgesehen. Mitglieder haben nur den halben Eintrittspreis zu entrichten. Auch diesmal erwartet man regen Zuspruch der benachbarten Heimatgruppen, die herzlichst willkommen sind. An demselben Tage hält der Verein ehemaliger Jäger und Schützen dortselbst sein diesjähriges Waldschießen ab. Autopendelverkehr Querfurt—Hermannseck ist vorgesehen.

— **Wer nur den lieben Gott läßt walten.** Es sind jetzt 250 Jahre, daß Georg Neumark, der Dichter und Komponist des bekannten Chorals „Wer nur den lieben Gott läßt walten" in Weimar gestorben ist. Seine Wiege stand in Langensalza, wo er 1621 geboren wurde. Nach einem interessanten Wanderleben kehrte Neumark nach Mitteldeutschland zurück und erhielt für seine Schriftstellerei und Dichtkunst den Titel eines Kaiserlichen Hof- und Pfalzgrafen. Eine ausführliche Würdigung des Dichters bringen wir in der heutigen Beilage (2. Blatt).

— **Gute Erholung.** Vor einigen Tagen haben in den meisten mitteldeutschen Städten und Dörfern die Ferien angefangen, und wo es noch nicht so weit ist, wird es jedenfalls nicht mehr lange dauern. Lehrer und Kinder freuen sich der vor ihnen liegenden Wochen. Und mit ihnen überlegen unzählige andere Berufsmenschen, wie sie nach einem Jahr anstrengender Arbeit die meist nur kurze Erholungszeit ausnutzen können. Gute Erholung ist ihnen allen zu wünschen und zu gönnen. Sie haben es redlich verdient, daß die Zeit der Arbeit wieder durch eine Zeit des Feierns abgelöst wird. So ziehen sie also hinaus ins Freie, um sich von der Sonne bräunen zu lassen und die Lungen mit frischer Sommerluft zu füllen. Möchten die großen Ferien aber auch dazu führen, daß nicht nur der äußere Mensch auf seine Rechnung kommt, sondern ebenso der innere. Jeder hat es ja heutzutage nötig, einmal aufzuatmen und innerlich wieder frei zu werden. An Lasten und Belastungen der verschiedensten Art fehlt es wahrhaftig nicht. Möchte es uns gelingen, sie in den großen Ferien los zu werden, damit wir, wenn die Ferien zu Ende sind, mit neuer Kraft an unsere Arbeit gehen können.

Schleberode. In nicht geringe Aufregung wurden die Einwohner unseres Ortes am Montagabend versetzt durch Feueralarm. Es brannte eine fast noch neue Scheune des Landwirts Wedekind, ohne daß von dem reichen Inhalt an Futtermitteln und allerlei Maschinen auch nur etwas gerettet werden konnte. Auch eine größere Anzahl Geflügel fiel dem Element zum Opfer. Das Feuer war dadurch entstanden, daß die acht Jahre alte Tochter mit einem Licht die Scheune betrat, um ihr Taschentuch, das sie am Nachmittag verloren hatte, zu suchen. Das Licht entfiel ihr jedoch. Sie erkannte die Gefahr und warf, um die Flamme zu löschen, im guten Glauben einige Bündel Stroh darauf, womit sie aber das Gegenteil erreichte. In ihrer Angst lief die Kleine zu den Nachbarn, so daß ihre Eltern zu spät davon erfuhren. Die Ortsfeuerwehr war rasch zur Stelle, auch die Spritzen von Zeuchfeld, Branderode, die Motorspritzen von Freyburg und Ebersroda rückten bald an und beteiligten sich wirkungsvoll an den Löscharbeiten und verhinderten mit vereinten Kräften ein weiteres Umsichgreifen des Brandes.

Bad Frankenhausen. An der Barbarossahöhle wurde am Sonntag ein frecher Diebstahl ausgeführt. In der Mittagsstunde wurde von einem Mann ein gestohlener Kraftwagen aus Sangerhausen stehen gelassen und auf einem fremden Motorrad mit Beiwagen die Weiterreise angetreten. Das gestohlene Motorrad mit Beiwagen gehörte einem Büroangestellten aus Grona bei Göttingen, der sich auf einem Ausfluge befand. Die sofort eingeleiteten polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß das stehen gebliebene Auto dem Kreisarzt in Sangerhausen entwendet worden war. Als sich der Dieb an dem Motorrad zu schaffen machte, erwiderte er auf die Anfrage des Aufsehers, daß er auf seinen Schwager warte, der die Höhle besichtige, und inzwischen etwas an dem Rad in Ordnung bringen wollte. Der Dieb fuhr mit dem gestohlenen Fahrzeug in der Richtung Rottleben—Bad Frankenhausen ab.

Roßla, 7. Juli. (Die Liquidation der Zuckerfabrik Roßla e. G. m. b. H.) Die Liquidatoren der hiesigen Zucker-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310711-15/fragment/page=0002

fabrik hatten die Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung eingeladen. Bevor man zur Beratung der Tagesordnung ging, wurde vom Vorsitzenden, Rittergutsbesitzer Dr. Stegmann, Agnesdorf, Bericht über den bisherigen Verlauf der Liquidation erstattet. Im Interesse der Liquidatoren lag es, das Inventar der Fabrik im Ganzen zu veräußern. Die Klage des Baron v. Eiler-Ebenstein, Morungen, ist in letzter Instanz abgewiesen worden. Der schwebende Prozeß mit den Kauflieferanten ist noch nicht endgültig entschieden. Im allgemeinen hofft man mit der Liquidation besser abzuschneiden, als ursprünglich angenommen worden ist. Schließlich wurde von Stegmann und Regierungsrat Hispert, Roßla, über den Stand des Vermögens und über das seinerzeit entstandene Defizit berichtet. Die Ursachen sind verschiedener Art gewesen. Im übrigen hat es die Verwaltung der Fabrik verabsäumt, sich genügend Rübenland zu sichern. Das mußte geschehen, als die in der Umgegend gelegenen Fabriken eingingen. Auch die maschinellen Anlagen hätten rechtzeitig erneuert werden müssen. Da für Neubeschaffung derselben außerordentlich hohe Ausgaben erforderlich waren, war der einzig gangbare Weg zur Liquidation. Die Genossen, die keine Rüben mehr bauten, jedoch der Genossenschaft noch angehörten, haben sich zur Zahlung der auf sie entfallenden Beträge bereit erklärt. Nur ein geringer Prozentsatz hat einen Vertrag mit Roßleben nicht unterschrieben und sich der Verpflichtung entzogen. Anstelle des aus den Diensten der Zuckerfabrik geschiedenen Buchhalters Büchner wurde dann noch Reg.-Rat Hilpert zum Liquidator bestellt.

Merseburg. Im Phönix-Schwimmbad in Mumsdorf, das immer zahlreiche, auch auswärtige Badegäste aufzuweisen hat, ist der 19 Jahre alte Herbert Viehweger aus Prößdorf ertrunken.

Weißenfels. Die Gastwirte der Provinz Sachsen im Deutschen Gastwirteverband hielten in Weißenfels ihren 30. Provinzialverbandstag ab, der mit einer Verbandsvorstandssitzung im „Goldenen Hirsch" eröffnet wurde. Der Verbandsvorsitzende Thiebes, Halle, richtete herzliche Worte der Begrüßung an die Erschienenen und erstattete darauf den Jahresbericht für 1930/1931. Er wies dabei u. a. darauf hin, daß gleich **nach der ersten Biersteuererhöhung ein ganz rapider Konsumrückgang zu verzeichnen war.** Am meisten hätten die Gastwirte unter der Getränkesteuer zu leiden. Der Redner bezeichnete diese Steuer als unsozial und unmoralisch. Es sei unmöglich, diese Steuer gerecht zu erheben. **Die Gastwirte seien entschlossen, ihre Existenz bis zum äußersten zu verteidigen.**

Zu der Hauptversammlung im Großen Saale des Stadttheaters war u. a. auch der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. Falck, erschienen. Der Verbandspräsident, Reichstagsabgeordneter Köster, hielt einen großangelegten zweistündigen Vortrag über die deutsche Krise im Rahmen der Weltwirtschaft. Ganz besondere Aufmerksamkeit schenkte der Referent den Getränk- und Schankverzehrsteuergesetzen. Ebenso wie Thiebes bezeichnete auch er diese Steuern als unmoralisch. Wenn alle Forderungen von den Gastwirten rücksichtslos eingetrieben würden, führte der Redner aus, dann würden kaum noch 20 Prozent der Gastwirte bestehen. Der Redner schloß: Wir sind am Wendepunkt. So Gott will, geht es aufwärts!

Darauf ergriff der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. Falck, das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er die Versammlung aufforderte, in dieser kritischen Zeit hinter der Regierung zu stehen.

In der am Nachmittag stattgefundenen Aussprache über die verschiedenen eingereichten Anträge ergriff Dr. Falck wiederum mehrmals das Wort zu sachlichen Richtigstellungen und versprach, auch durch Rundschreiben und dergl. den besonderen Fragen Rechnung zu tragen.

Halle. Vor 1½ Jahren hatte der früher in Halle ansässige, jetzt in Berlin wohnende Rechtsanwalt Weitzel von Mudersbach eine Frau in deren Einverständnis in grausamer Weise mißhandelt. Die Mißhandelte verlangte später eine erhöhte Geldentschädigung und stellte schließlich Strafantrag wegen gefährlicher Körperverletzung. Der Angeklagte wurde jedoch in den beiden ersten Instanzen freigesprochen, weil durch die Zustimmung der Mißhandelten die Rechtswidrigkeit der Handlung ausgeschlossen werde. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hin hob das Reichsgericht die freisprechenden Urteile auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer in Halle zurück. **Das Reichsgericht hat dabei seinen alten Standpunkt beibehalten, daß die Einwilligung des Verletzten die Rechtswidrigkeit der Handlung nicht beseitige.** Die Gesundheit sei ein zu hohes Gut, das im allgemeinen Interesse gehütet werden müsse, besonders dann, wenn der Zweck dieser Verletzung den Sittengesetzen zuwiderlaufe. Die Strafkammer Halle, die sich am Mittwoch vormittag noch einmal mit dem Fall zu beschäftigen hatte, verurteilte den Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 30 Mark.

Leipzig. Die Frage, ob die 50 Jahre alte Ehefrau des Malermeisters Junghans in Rötha durch ihren Ehemann erschossen worden ist, hat sich noch immer nicht einwandfrei klären lassen. Auch die Obduktion der wiederausgegrabenen Leiche hat keine Klarheit gebracht. Da noch weiter große Zweifel bestehen, daß Frau Junghans sich selbst den tödlichen Schuß beibrachte, wurde der verdächtige Ehemann nach Leipzig übergeführt, wo die Ermittlungen fortgesetzt werden.

Leipzig. Der rätselhafte Fall des Studenten May konnte noch nicht aufgeklärt werden. Die Sektion der Leiche hat ergeben, daß der **Tod durch innere Verblutung** infolge innerer Zerreißungen eingetreten ist. Es besteht nach wie vor die Möglichkeit, daß May in eine Schlägerei verwickelt worden ist, aber auch, daß May Selbstmord, möglicherweise durch Sturz aus dem Fenster, begangen hat.

Dessau. Um Mitternacht kam es zwischen Nationalsozialisten und etwa 50 bis 70 Schutzpolizisten aus Magdeburg, die sich in Zivil zu Besuch in Dessau aufhielten, in Dessau-Joniß zu einem Streit, der, nachdem die Nationalsozialisten Zuzug erhalten hatten, in der Wasserstadt in einen regelrechten Kampf ausartete. Die Nationalsozialisten hatten einen Schwerverletzten und eine Anzahl Leichtverletzte zu verzeichnen. Ein Überfallkommando trennte schließlich die Kämpfenden. Die Polizei nahm in den frühen Morgenstunden eine gründliche Durchsuchung des Kampfortes vor und fand zwei Schlagringe und ein Dolchmesser, sowie bei einem Nationalsozialisten drei leere Revolverpatronen. Die Magdeburger Polizisten geben an, von den Nationalsozialisten angegriffen worden zu sein, während die Gauleitung der Nationalsozialisten das Gegenteil behauptet.

Magdeburg. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen teilt mit:

Einige örtliche Gerichte haben das von dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen erlassene Polizeiverbot der nationalsozialisten Parteiuniform vom 9. April 1931 für ungültig erachtet und haben aus diesem Grunde die Angeklagten freigesprochen. Von der Pressestelle des Oberpräsidiums wird hierzu mitgeteilt, daß die Polizeibehörden nach wie vor die Befolgung durch Anwendung unmittelbaren Zwanges sicher stellen werden. Das Polizeiverbot ist rechtsgültig erlassen. Dies hat der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts in einer Entscheidung vom 8. Mai 1931 in der Verwaltungssache betreffend das durch den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen am 8. April 1931 für den Umfang der Provinz Ostpreußen erlassene gleichlautende Verbot ausdrücklich anerkannt.

Burg b. Magdeburg. Der 19jährige Gerber Dose und der 18jährige Maler Wucherpfennig unternahmen eine Paddelfahrt nach Hohenwarte. Nach kurzer Zeit kehrte Wucherpfennig allein mit dem Boot zurück. Dose ist seitdem verschollen. Wucherpfennig machte bei seiner Vernehmung recht unglaubwürdige Angaben. Zuletzt bestritt er, überhaupt die Fahrt gemacht zu haben, was ihm aber einwandfrei widerlegt wurde. Die Kriminalpolizei sah sich gezwungen, Wucherpfennig in Haft zu nehmen, um der Sache auf den Grund zu gehen. Es besteht die Möglichkeit, daß Dose ein Unglück zugestoßen ist und daß Wucherpfennig aus Angst vor der Verantwortung falsche Angaben macht.

Weinböhla. Am Dienstag abend in der 7. Stunde mußte ein Verkehrsflugzeug der Deutschen Verkehrsflug A.-G., das sich auf der Fahrt von Leipzig nach Dresden befand, wegen Abspringens eines Zylinders an der Weinböhla-Sörnewitzer Flurgrenze notlanden. Der abgesprungene Zylinder fiel auf das Dach der Sörnewitzer Steingutfabrik und durchschlug ein Oberlichtfenster. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Landung des Flugzeugs ging glatt vonstatten.

Mitteldeutscher Arbeitsmarkt weiter entlastet

Der Präsident des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland teilt mit:

Die Entlastung des mitteldeutschen Arbeitsmarktes hat sich auch in der zweiten Junihälfte weiter fortgesetzt. Die Hauptentlastung ist nicht wie bisher auf den Rückgang der Arbeitsuchenden der Saison-Außenberufe, sondern auf einen **stärkeren Rückgang der Industriegruppen** zurückzuführen. Die Zahl der Arbeitsuchenden im Bereiche des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland fiel von 368 225 (davon 65 922 weibliche) am 15. Juni um 7046 = 1,9 v. H. auf 361 179 (davon 64 109 weibliche) Personen am 30. Juni 1931. Zur gleichen Zeit des Vorjahres standen dem mitteldeutschen Arbeitsmarkt 238 347 Arbeitsuchende (davon 41 986 weibliche) zur Verfügung. Die Überlagerung beträgt also 122 832 Personen = 51,5 v. H. Von dem Gesamtrückgang an Arbeitsuchenden entfielen 2578 Personen = 36,6 v. H. auf die Saisonaußenberufe und 4468 = 63,4 v. H. auf die übrigen Berufsgruppen. **Den stärksten Abgang der Saisonberufe hatte mit 1048 Personen die Landwirtschaft, es folgt mit 815 die Industrie der Steine und Erden und mit 790 das Baugewerbe einschließlich der Bauhilfsarbeiter.** In der Forstwirtschaft war in einigen Bezirken eine Zunahme zu verzeichnen, da von einigen Forstämtern infolge der Erschöpfung der Etatmittel Entlassungen vorgenommen werden mußten. Von den Nicht-Saisonberufen wies die Metallindustrie mit 1289, die Gruppe der Ungelernten mit 651 und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 618 Abgängen den größten Rückgang auf. Nennenswerte Abgänge hatte noch das Hauspersonal (413), die Textilindustrie (349), das Verkehrsgewerbe (339) und der Bergbau (336) aufzuweisen. Einen erheblichen Zugang von arbeitsuchenden Personen (554) hatte durch die Beendigung der Saison in der Herren- und Damenschneiderei und teilweise auch in der Konfektionsbranche das Bekleidungsgewerbe.

Von den vorhandenen 361 179 Arbeitsuchenden erhielten 120 072 = 35,4 v. H. (Vorjahr 135 150 = 56,7 v. H.) versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung und 83 093 = 23,0 v. H. (Vorjahr 21 577 = 9,1 v. H.) Krisenunterstützung.

Der Gräfenthaler Doppelmordprozeß?

Die Geständnisse werden geprüft.

Rudolstadt. Bei Beginn der Donnerstagsitzung fragte der Vorsitzende den Angeklagten Zange, seit wann er die Paschold kenne. Zange erklärte, er habe die Paschold wohl schon gesehen, jedoch niemals mit ihr gesprochen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden dann die Geständnisse der Paschold erörtert. Es ist u. a. zu Protokoll genommen, daß die Tat lange vorbereitet und ausführlich auch mit Zange besprochen worden sei. Bei Ausführung der Tat sei

auch Zange dabei gewesen.

Als Täter war auch Werner genannt worden. Die Paschold nimmt jetzt den Standpunkt ein, sie sei **zu dem Geständnis seinerzeit gezwungen** worden; sie habe nicht gewußt was sie sagen solle; sie habe dabei allerlei gesagt, aber das sei nicht wahr. „Mir war", so fügte sie hinzu, „alles egal". Am 5. Mai 1930 bei einer Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter gab die sehr redegewandte Paschold an, sie sei **mit Werner bei Grosch gewesen,** da ihr Werner eine Armbanduhr habe kaufen wollen. Beziehungen zu Werner will Zange nicht gehabt haben. Zange behauptet auch, er habe mit Werner nur einmal im Café Beier in Gräfenthal gesprochen, ihn aber nicht gekannt. Eine Zeugin, die in diesem Café beschäftigt war, hat die Angeklagten von 1927 bis 1928 nur einmal gesehen. Oberstaatsanwalt Scherff machte eingehende Ausführungen über die Vernehmung Zanges. Er hat den Eindruck, daß beide, Zange und Werner sich nicht unbekannt sind. Die Paschold habe wiederholt gesagt, Zange war dabei. Zange wollte aber die Paschold nicht kennen und verlangte, ihr gegenübergestellt zu werden.

Bei der weiteren Verhandlung wünscht der Vorsitzende von Zange Auskunft darüber, wo er am Abend des 17. November 1928 war. Es kommt hierbei die Zeit zwischen 8.50 und 10 Uhr abends als die vermutliche Stunde der Ermordung in Betracht. Zange behauptet, er sei nachmittags ausgegangen und dann zu Hause gewesen. Kurz vor acht Uhr abends sei er wieder weggegangen und in mehrere Gasthäuser gegangen. Der Wirt des Gasthauses „Zum Schwan" weiß aber nur, daß Zange bei ihm war, auf die Zeit kann er sich nicht entsinnen. Von der Anklage wird angenommen, daß Zange nicht schon nach 8 Uhr abends, sondern erst nach 10 Uhr abends in den Schwan gekommen ist. Eine Zeugin erklärt, daß sie Zange gegenüber das Gespräch auf den Mord gebracht habe, wobei Zange geäußert habe: **„Das ist mit Handschuhen gemacht worden".** Fingerspuren sind bekanntlich in der Groschschen Wohnung nicht entdeckt worden.

Neues aus aller Welt.

Postkraftwagen verunglückt. Ein Kraftwagen der Reichspost in Berlin kam in voller Fahrt die Innsbrucker Straße herunter. Kurz vor dem Innsbrucker Platz verlor der Führer anscheinend die Herrschaft über seinen Wagen, und das Auto sauste mit voller Wucht gegen die Balustrade des Untergrundbahnhofs Hauptstraße. Die rückwärtige Balustrade wurde vollständig zertrümmert. Der Kraftwagen hing ein gutes Stück über dem Untergrundbahnschacht und drohte jeden Augenblick abzustürzen. Durch Passanten konnte das Auto wieder auf die Straße zurückgezogen werden. Personen sind ernstlich nicht verletzt worden.

Hiltrud Breil in Berlin. Hiltrud Breil, die Tochter des Berliner Malers Hubert Breil, die im Anschluß an ihre sensationelle Flucht mit dem Baron von Hodenberg in Paris festgenommen und in einem Stift für junge Mädchen untergebracht wurde, ist im Beisein ihrer Eltern auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin angekommen, von wo sie sofort in das städtische Pflegeamt gebracht wurde.

Brand einer Eisenbahnbrücke. Die Eisenbahnbrücke vor der Station Werbig bei Frankfurt an der Oder geriet nach der Ueberfahrt eines Güterzuges, vermutlich durch Kohlenglut, in Brand. Mehreren Freiwilligen Feuerwehren gelang es, den Brand abzulöschen. Der Bohlenbelag ist vollständig verbrannt, die Balkenlage dagegen nur angekohlt. Ein auf der Brücke stehender Eisenbahnwagen verbrannte mit. Der Verkehr ist durch den Unfall weiter nicht gestört.

Eine Maschinenfabrik in Neumünster in Flammen. Kurz nach Mitternacht wurde die Berufsfeuerwehr in Neumünster nach der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Franz Rohwer gerufen. Beim Eintreffen der Wehr brannte das dreigeschossige Modellager in seiner ganzen Ausdehnung. Das große Maschinengebäude, die Gießerei und die umliegenden Wohnhäuser konnten vor dem Feuer bewahrt werden, während alle anderen Gebäude niedergebrannt sind. Kurz vor 6 Uhr konnten die Wehren unter Zurücklassung einer Brandwache wiederabrücken. Der Schaden ist sehr groß und geht in die Hunderttausende.

Kraftwagen rast gegen einen Baum. Auf der Landstraße zwischen Köslin und Körlin fuhr der Kraftwagen des Ingenieurs Walter Gieske aus Charlottenburg mit voller Wucht gegen einen Baum, da er infolge Reifenschadens ins Schleudern geraten war. Die Schwiegermutter Gieskes, die 65jährige Frau Dr. Westphal aus Göttingen, war auf der Stelle tot. Gieske selbst erlitt innere Verletzungen. Die übrigen Insassen, der Stadtbaurat Dr. Martin Reuter aus Stettin und dessen Gattin wurden schwer verletzt, ihr Kind blieb unversehrt.

Hochwasserkatastrophe in der Oste-Niederung. Im Gebiet der Ober- und Unteroste stehen infolge der tagelangen fast ununterbrochen anhaltenden Niederschläge Tausende von Hektar fruchtbaren Landes unter Wasser. Die Deiche sind teilweise überflutet. In einer Länge von etwa 100 Kilometern bildet die Oste in ihren Außendeichen einen einzigen riesigen See. Das Vieh mußte in vielen Orten aufgestallt werden. An verschiedenen Stellen sollen die Deiche bereits gebrochen sein. Ganz besonders leiden auch die Hafengebiete der Stadt Bremervörde unter dem Hochwasser. Die Wasserschäden werden noch verschlimmert durch die völlig unzulänglichen wasserbautechnischen Verhältnisse im Ostegebiet.

Drei Spione in Breslau verhaftet. Der politischen Polizei in Breslau ist es während des 12. Reichsfrontfoldatentages in Breslau am 30. und 31. Mai gelungen, einen polnischen und zwei tschechische Spione zu verhaften. Die Aburteilung der Verhafteten, gegen die ein Spionageverfahren eingeleitet worden ist, erfolgt durch das Reichsgericht in Leipzig.

Deutscher von einem Tschechen erschlagen. In einem Gasthaus in Neuern im Böhmer Wald machte der Landwirt Hans Hacker aus Fuchsberg im Verlaufe eines politischen Gesprächs abfällige Aeußerungen über die Tschechen. Der tschechische Legionär Tischlermeister Libinski aus Neuern lauerte darauf Hacker auf der Straße auf und richtete ihn mit einem Gummiknüppel derart zu, daß Hacker bald darauf starb.

Vollbesetzter Militärlastwagen verunglückt. Ein schweres Autounglück ereignete sich in der Nähe von Cherbourg. Ein Militärlastwagen, in dem 22 Marinesoldaten Platz genommen hatten, geriet auf der Chaussee plötzlich ins Schleudern und raste in voller Fahrt gegen eine Mauer. Der Kraftwagen ging vollkommen in Trümmer. Elf der Soldaten erlitten zum Teil so schwere Verletzungen, daß sie unverzüglich in das Marinelazarett von Cherbourg geschafft werden mußten.

Wochenendwetterbericht.

Mitgeteilt von der Landes-Wetterwarte Weimar.

Der ungewöhnlich kräftige Sturmwirbel, der sich über der südlichen Ostsee gebildet hat, weist heute morgen in seinem Zentrum über Südschweden Barometerstände von annähernd 730 Millimeter auf. Dieses Tiefdruckgebiet zieht unter weiterer Energiezunahme langsam nach Nordosten weiter, so daß es einstweilen, wenn auch in abgeschwächter Form, noch unser Wetter stark beeinflußt. Südlich von Irland in der Bucht von Biskaya entwickelt sich eine neue Störung, so daß der Eintritt beständigeren Wetters im Augenblick noch recht fraglich erscheint.

Spiel und Sport

Nebraer Sportvereinigung 1924.

Morgen führt unsere Vereinigung einen Wandertag durch und zwar geht der Marsch durch den Ziegelrodaer Forst nach der Hermannseche, Ziegelroda, Wendelstein und zurück. Für unsere aktiven Spieler ist es Pflicht, an dieser Wanderung teilzunehmen. Freunde und Gönner sind zu dieser Veranstaltung herzlichst eingeladen. Abmarsch 6.30 Uhr vom Vereinslokal.

Der Haushalt von heute stellt an die Hausfrau besonders hohe Anforderungen, denn das Sparprogramm macht auch vor der Küche nicht halt, und es heißt mehr denn je „auskommen mit den vorhandenen Mitteln". Als wahre Freunde erweisen sich auch jetzt die bewährten Maggi-Erzeugnisse (Würze, Suppen und Fleischbrühwürfel). Die Hausfrau, die sie verwendet, spart Geld, Zeit und Arbeit.

Kirchliche Nachrichten

6. Sonntag nach Trinitatis, den 12. Juli 1931.

Sonntagsspruch: „Wohl dem, der nicht wandelt im Rat der Gottlosen noch tritt auf den Weg der Sünder, noch sitzt da die Spötter sitzen". (Psalm 1, V. 1)

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt über Matth. 5, 20—26) Lieder: 362 (287), 291 (474), 264 (167).

Kollekte für den Landesverband Sachsen-Anhalt im Bund der deutschen Jugendvereine.

½**12** Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung in der Kirche.

½**12** Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.

Mittwoch, abends ½9 Uhr: **Missionsstunde** im Gemeindesaal.

Freitag, abends ½9 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310711-15/fragment/page=0003

Das Vorbehaltsgut der Ehefrau.

Von Justizobersekretär **Fr. Wittler** in Osnabrück.

Alle Eheleute, die nach dem 1. Januar 1900 standesamtlich getraut sind, leben im gesetzlichen Güterrecht, sofern nicht zwischen ihnen eine andere Vereinbarung getroffen und diese in das Güterrechtsregister eingetragen ist. Das gesetzliche Güterrecht beruht auf dem Grundsatz, daß die Erträgnisse des Vermögens beider Ehegatten den Zwecken der Ehe dienen sollen, und legt deshalb die Verwaltung und Nutznießung des Vermögens einheitlich in die Hand des Mannes. Während also das Vermögen des Mannes durch die Verwaltungsgemeinschaft nicht berührt wird, bleibt das Vermögen der Frau zwar deren Eigentum, aber es ist der Verwaltung und Nutznießung des Mannes unterworfen. Diesem stehen also die Zinsen usw. des eingebrachten Gutes der Ehefrau zu, wofür er allerdings auch den gesamten ehelichen Aufwand und alle mit dem eingebrachten Gut verbundenen Lasten tragen muß, und zwar auch dann, wenn die Verwaltung nichts einbringt.

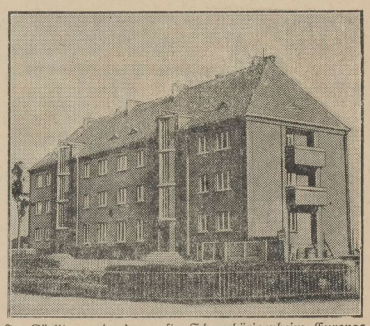
Eine Ausnahme bildet jedoch das Vorbehaltsgut der Ehefrau. Dieses unterliegt nämlich nicht der Verwaltung und Nutznießung des Mannes, sondern die Frau behält ihr alleiniges Verfügungsrecht darüber, wie wenn sie unverheiratet wäre. Natürlich hat sie dann aber auch die Lasten allein zu tragen, die auf dem Vorbehaltsgut ruhen, und kann die dafür aufzuwendenden Beträge nicht den von dem Manne verwalteten gemeinsamen Erträgnissen des beiderseitigen Vermögens entnehmen.

Vorbehaltsgut sind zunächst einmal die ausschließlich zum persönlichen Gebrauche der Frau bestimmten Sachen, insbesondere Kleider, Schmucksachen und Arbeitsgeräte. Ferner ist Vorbehaltsgut das, was die Frau durch ihre Arbeit oder durch den selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäftes erwirbt. Alles, was die Frau bis zur Schließung der Ehe sich durch ihre Arbeit erworben hat, wird aber eingebrachtes Gut und unterliegt als solches der Verwaltung und Nutznießung des Mannes.

Vorbehaltsgut ist auch das, was durch einen zwischen den Ehegatten geschlossenen Ehevertrag für Vorbehaltsgut erklärt ist. Hier sind vom Gesetz keinerlei Schranken gezogen; jeder beliebige Gegenstand kann für Vorbehaltsgut erklärt werden. Es ist nach der herrschenden Meinung dabei nicht die Bezeichnung jedes einzelnen Gegenstandes erforderlich, sondern es können statt dessen auch Sammelbegriffe gewählt werden, zum Beispiel: Zum Vorbehaltsgut wird das von der Ehefrau in die Ehe eingebrachte Eßzimmer erklärt. Auch künftiges Vermögen kann als Vorbehaltsgut erklärt werden.

Weiter ist Vorbehaltsgut dasjenige, was die Frau auf Grund einer letztwilligen Verfügung als Erbteil, Pflichtteil oder Vermächtnis erwirbt, wenn der Erblasser durch diese letztwillige Verfügung ausdrücklich angeordnet hat, daß der Erwerb Vorbehaltsgut sein soll. Dasselbe gilt auch von dem, was der Frau unter Lebenden mit der gleichen Bestimmung geschenkt wird. Und schließlich ist auch das als Vorbehaltsgut anzusehen, was die Frau als Ersatz für die Zerstörung, Beschädigung oder Entziehung eines zum Vorbehaltsgute gehörenden Gegenstandes anschafft, und dasjenige, was sie durch ein Rechtsgeschäft erwirbt, welches sich auf das Vorbehaltsgut bezieht.

Auch bei dem Güterstande der allgemeinen Gütergemeinschaft gibt es ein Vorbehaltsgut. Hier kann ebenfalls, wie oben ausgeführt, durch Ehevertrag jede beliebige Sache zum Vorbehaltsgut erklärt werden, und ferner ist Vorbehaltsgut alles, was im vorigen Absatz geschildert wurde. Dagegen sind zum Beispiel die zum persönlichen Gebrauche der Frau bestimmten Sachen und der Arbeitserwerb der Frau hier kein Vorbehaltsgut; sie können allerdings, wie eben ausgeführt, durch Ehevertrag dazu erklärt werden.



In Görlitz wurde das erste Schwerhörigenheim Europas fertiggestellt. Das Haus hat die Aufgabe, solchen Schwerhörigen, die noch berufsfähig sind, aber infolge ihrer Erkrankung ihren derzeitigen Beruf nicht mehr auszuüben vermögen, die Möglichkeit zu gewähren, einen anderen zu erlernen und durch gemeinsamen Ableseunterricht ihre Verständigungsmöglichkeit zu vergrößern.

Nobile fährt über Rußland nach dem Nordpol. General Nobile ist nach Leningrad abgereist, wo er am 10. Juli eintreffen wird. Er wird die Fahrt nach dem Nordpol auf dem Eisbrecher „Malygin" mitmachen. Wie verlautet, wird General Nobile auf dem Rückwege vom Nordpol Moskau besuchen, um dort einen Vortrag zu halten.

Uebung der Pflichtfeuerwehr.

Am **Sonnabend, den 11. Juli d. Js.,** abends **8 Uhr** findet eine **Uebung der Pflichtfeuerwehr** statt.

Sammelplatz: Markt.

Die Mannschaften werden ersucht, zu der Uebung pünktlich zu erscheinen. Als Entschuldigungsgrund gilt nur Krankheit oder Abwesenheit vom Orte. Die Entschuldigungen sind bei der Polizeiverwaltung bis spätestens Sonnabend, mittags 12 Uhr, anzubringen.

Unentschuldigtes Fernbleiben wird bestraft.

Nebra, den 8. Juli 1931

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

Betrifft Kirchensteuer.

Für das Rechnungsjahr 1931 wird in hiesiger Kirchengemeinde laut behördlich genehmigtem Beschluß der kirchlichen Körperschaften als Kirchensteuer ein Zuschlag von 10 Prozent der Reichseinkommensteuer des Jahres 1930 (bei Landwirten des Steuerabschnittes vom 1.7.1929 bis 30.6.1930) erhoben. Diese Kirchensteuer ist je zur Hälfte am 1. August und 1. November d. Js. fällig. Außerdem wird als Kirchensteuer ein sogenanntes Kirchgeld erhoben, das alle Gemeindeglieder zu zahlen haben, die bei Beginn des Rechnungsjahres 20 Jahre alt gewesen sind und eigenes Einkommen oder eigenes steuerpflichtiges Vermögen haben. Unterhalt bei Tätigkeit im Haushalte oder Betriebe desjenigen, der den Unterhalt gewährt, gilt als eigenes Einkommen. Personen, die über Haus- und Grundbesitz verfügen, zahlen 2 RM., alle übrigen 1 RM. Vom Kirchgeld befreit sind: 1) Ehefrauen, die nicht dauernd von ihrem Ehemann getrennt leben, 2) Personen, die öffentliche Fürsorge genießen, 3) alle diejenigen, die schon Kirchensteuer in Form von Zuschlägen zur Einkommensteuer zahlen. Das Kirchgeld ist fällig am 1. November d. Js. Die Gemeindeglieder werden hierdurch aufgefordert, die danach auf sie entfallenden Kirchensteuern an den genannten Terminen auf das Konto der Kirchenkasse bei der Stadtsparkasse Nebra einzuzahlen.

Nebra, den 10. Juli 1931. **Der Gemeindekirchenrat.**

Versteigerung.

Sonnabend, den 11. Juli, vormittags von 9 Uhr ab, sollen in **Lodersleben** in der „Pfarre" Möbel und Hausgerät als:

3 Sofas mit 6 Polsterstühlen, Kleiderschränke, Bettstellen mit und ohne Matratze, Federbetten, Kommoden, Kleiderständer, Kücheneinrichtung, Schreibpult, ca. 30 Stühle, 1 Schreibtisch, Bilder, Spiegel, mehrere Tische, Leitern, 2 Patentleitern (Siegel, Schlawe i. Pom.), 50 Obsthorden, Dezimalwaage, gr. Schlachtewanne, Waschkessel, Regentonnen, Kaninchenstall, Liegestühle, Tafeln m. Böcken, Obstschrank, Bücherregale, elektr. Kochgeräte und Glühkörper, Heizkissen, 7 Weinfässer, Flaschen, Obstwein, Gartenmöbel, 1 Handwagen, 1 Schiebekarre, 1 Schuttkarre, 1 Schleifstein, Arbeitstisch mit Schraubstock sowie viele Haus- und Gartengeräte

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.

Besichtigung von vormittags 1/2 9 Uhr ab.

Oberförsterei Ziegelroda

versteigert öffentlich meistbietend am **Donnerstag, den 16. Juli 1931,** von vormittags **9** Uhr an im **Gasthof „Zur Sorge"** in **Nebra a. U.: Brennholz,** neuer Einschlag, aus den Distrikten 2a, 3a, 5, 6a, 8c, 9a, 9c, 10a, 10c, 12, 13c, 16b, 21a. **Eiche:** 62 rm Scheit- und Knorrholz, 155 rm Knüppel, 21 rm Reisig I. Kl. — **Rotbuche:** 289 rm Scheit u. Knorrh. 54 rm Reis I. Kl. — **Weißbuche, Ahorn, Esche:** 63 rm Scheit u. Knorrholz, 90 rm Knüppel, 24 rm Reis I. Kl. — **Birke, Linde:** 10 rm Scheit, 2 rm Knüppel. — **Kiefer:** 1 rm Scheit, 9 rm Knüppel. —

Kaufpreise bis zu 50.— RM. sind im Termin bar zu zahlen.

Hartobstverkauf.

Der diesjährige reichliche Anhang von **Aepfeln, Birnen** und **Pflaumen** der Gemeinden **Wetzendorf** und **Wennungen** soll

Mittwoch, den 15. Juli d. Js.

in **Wetzendorf** vormittags 11 Uhr,
in **Wennungen** nachmittags 1 Uhr

in den **Gasthäusern** meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden. **Die Ortsvorstände.**

Achtung! **Zum Markt-Montag** Achtung!
bleibt für alle
Marktbesucher und Aussteller

als Treffpunkt das Schützenhaus

Abends 8 Uhr:

Großer Extra-Ball

mit 2 Stimmungs-Tanzkapellen

Neue Schlagermusik Große Ueberraschungen

Freundlichst laden ein

Schützenhauswirt **R. Janda** Musikdirektor **C. Stein**

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag und Montag, den 12. und 13. Juli:

Ueber alles die Liebe . . .

ferner **6 Akte Wildwest.**

Wer wirft den ersten Stein

ferner **6 Akte Wildwest.**

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Zum Jahrmarkt

bringe außerordentlich

billige Angebote

Waschseide, Waschmusselin	Mtr. von	38 ₰ an
Wollmusselin	„ „	125 ₰ „
Rohnessel	„ „	23 ₰ „
Hemdenbarchent, kräftig	„ „	42 ₰ „
Nesselkleider, gestickt	„ „	265 ₰ „
Wasch- u. Indanthrenkleider	„ „	195 ₰ „

Grosse Posten „PARTIE-WAREN" zu staunend billigen Preisen!

Friedrich Krey ◆ Jnhaber **Emil Krey**
NEBRA

Spare mündelsicher bei der **Stadt-Sparkasse Nebra** a. U.

---

2 Ratschläge

für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Bräunung der Haut fette man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhafte Rötung eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. Creme Leodor — fettfrei in roter Packung; leihhaltig in blauer Packung — Tube 60 Pf. und 1 Mk., Leodor-Edelseife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne putze man früh u. abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont, die auch an den Seitenflächen, mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen elfenbeinartigen Glanz erzeugt. — Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. u. 90 Pf. Chlorodont-Zahnbürste 1 Mk., Kinderbürste 60 Pf. Chlorodont-Mundwasser 1 Mk.

Zur Sorge

Zum Jahrmarkts-Montag, von abends 8 Uhr an

Große Jazzmusik

Es laden ergebenst ein

Musikdirektor **Stein** Gastwirt **Bernschein**

Sparen Sparen Sparen

ist das Gebot der Stunde! Gelegenheit hierzu bietet die zum Jahrmarkt eintreffende bekannte

Leipziger Kurzwaren-Bude

von B. Skarnik.

Sie erhalten, solange Vorrat:

Für 10 Pfennig:

12 Bubikopfnadeln, gebogen
oder 1 Paar Vermelhalter, prima Gummi
„ 2 Einfädler für Hand und Maschine
„ 6 Kragenknöpfe
„ 3 Paar Halbschuhsenkel, prima Ware
„ 100 Reißzwecken
„ 1 Rest Strumpfband
„ 3 Meter Einziehgummi, waschbar
„ 1 Schuhanzieher mit Knöpfer
„ 1 Karte Leinen-Stopfgarn für Tischwäsche
„ 1 Bandmaß
„ 2 Dutzend Druckknöpfe
„ 1 Meter Seidenband
„ 1 Paar Manschettenknöpfe
„ 1 Rolle Heftgarn
„ 3 Dutzend Hosenknöpfe
„ 1 Dose Stahlstecknadeln, 50 g

Für 20 Pfennig:

3 Hosenträger-Biesen, prima Qualität
oder 5 Meter prima Leinenband
„ 7 Meter Gardinenkordel „Reinleinen"
„ 5 Knäule Stopfgarn
„ 4 Knäule Seidentwist à 20 Meter
„ 3 Rollen Seidenglanzgarn à 50 Meter
„ 3 Paar Schuhsenkel, 1 Meter lang
„ 3 Haarnetze, doppelt
„ 36 Wäschekknöpfe, sortierte Größen
„ 3 Meter Einziehgummi, waschbar
„ 1 Küchenmesser, prima Stahl
„ 3 Kaffeelöffel, prima polierte Ware
„ 2 Dutzend Perlmutterknöpfe

Für 50 Pfennig:

1 Rolle Maschinenzwirn, 4fach, 1000 Meter
oder 4 Rollen prima Handzwirn à 100 Meter
„ 1 Einkaufsnetz, prima Soutache
„ 1 Leder-Sportgürtel
„ 10 Rollen Seidentwist, prima Qualität, à 20 Meter
„ 1 1/2 Meter Haarschleifenband
„ 1 Binden-Gürtel
„ 1 Zollstock, 2 Meter lang, mit Federn
„ 2 Paar Damen-Strumpfhalter
Schweißblätter, Paar 25 und 50 Pfg.
Prima Hosenträger, Paar 50 Pfg. und 1.— RM.
Prima Schweißsocken, Paar 50 und 75 Pfennig
Stahlsicherheitsnadeln, Bund 36 Stück 20 Pfg.
Damenbinden, 4fach, 4 Stück 95 Pfg.
sowie eine Menge täglicher Bedarfsartikel.

Kommen Sie und überzeugen Sie sich!
Achten Sie aber genau auf obige Firma!
Meine Verkaufsbuden, durch orangefarbige Schilder kenntlich gemacht, haben ihren Stand

bei Kaufmann Oelschig.

Bei Einkauf von 1.— RM. eine Wichs-Maus gratis!

Bei Einkauf von 1.— RM. eine Wichs-Maus gratis!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310711-15/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 82 — Sonnabend, den 11. Juli 1931. — 44. Jahrgang

Eine Ausfallbürgschaft der Wirtschaft

500 Millionen für die deutsche Golddiskontbank.

Berlin, 9. Juli.

Sämtliche großen Industrieunternehmungen, Banken und Schiffahrtsgesellschaften haben an den Reichsbankpräsidenten einen Brief gerichtet, in dem sie davon Mitteilung machen, daß sie sich entschlossen haben, der deutschen Golddiskontbank eine Ausfallbürgschaft von 500 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Der Zweck ist, die Bank in die Lage zu versetzen, in noch viel stärkerem Maße als bisher ein wirksames Kreditinstrument zu sein. Der eigentliche Sinn dieses Schrittes ist jedoch, von seiten der gesamten deutschen Wirtschaft gegenüber dem In- und dem Ausland unter Beweis zu stellen, daß trotz der bekannten Ereignisse auf dem Devisenmarkt und anderer Erscheinungen des Mißtrauens die deutsche Wirtschaft stark genug und willens ist, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Das Schreiben ist von etwa 1000 deutschen Firmen unterzeichnet, die sich in allerkürzester Zeit zu diesem Schritt zusammengefunden haben.

Wortlaut des Briefes.

Die Botschaft des Präsidenten Hoover hat der Welt den großen Ernst der deutschen Lage offengelegt. In der Zeit, die zwischen der Verkündung dieser Botschaft und ihrer Annahme verstrichen ist, hat sich die Lage noch verschärft. Wir hoffen, daß die nunmehr erfolgte Zustimmung aller beteiligten Staaten zu dem Pakt die Grundlage für den wenn auch sicher schwierigen Wiederaufbau bietet.

Das Ziel muß jetzt sein, das Vertrauen auf Deutschland und in Deutschland wiederherzustellen, weitere Kreditkündigungen zu vermeiden und dem Devisenabfluß Einhalt zu tun.

Wir haben uns entschlossen, unsere Mitwirkung durch Zusammenfassung der deutschen wirtschaftlichen Kräfte in folgender Weise zur Verfügung zu stellen.

Unter Führung der deutschen Golddiskontbank wird von deutschen Unternehmungen aus Industrie, Banken, Schiffahrt und Handel ein Garantie-Syndikat gebildet, das eine Ausfallsbürgschaft in Höhe von 500 Millionen Mark übernimmt, um durch diese Garantiemasse die Aktionskraft der deutschen Golddiskontbank zu verstärken.

Diese Haftsumme wird nach einem bestimmten Verfahren auf die tausend größten deutschen Unternehmungen umzulegen sein, wobei an einen bereits vorhandenen Verteilungsschlüssel gedacht ist. Wir sind uns bewußt, welches Obligo eine solche Summe für uns bedeutet, sind aber zu dieser Leistung bereit, um die deutsche Golddiskontbank, die sich bereits früher in schwieriger Lage als eine Hilfe für die deutsche Wirtschaft bewährt hat, so zu stärken, daß sie über ihren bisherigen Rahmen hinaus namentlich in der jetzigen schwierigen Uebergangszeit als Kreditinstrument wertvolle Dienste leisten kann.

Diese unsere Garantieleistung kann jedoch nur wirksam werden, wenn es dem Reichsbankdirektorium gelingt, in der Zusammenarbeit mit den ausländischen Notenbanken die für die deutsche Wirtschafts- und Kreditlage notwendigen Erleichterungen unter Mitwirkung der ausländischen Bankwelt uns zu verschaffen.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident, die zur Verwirklichung dieses Vorschlages notwendigen Maßnahmen alsbald in die Wege zu leiten.

Verordnung des Reichspräsidenten.

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird entsprechend der Anregung namhafter Träger des deutschen Wirtschaftslebens folgendes verordnet:

Paragraph 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung in Anlehnung an die Vorschriften des Aufbringungsgesetzes vom 30. August 1924 (Reichsgesetzblatt II Seite 269) die danach aufbringungspflichtigen Unternehmer, deren Betriebsvermögen fünf Millionen Mark übersteigt, anteilig zu verpflichten, die Haftung bis zum Gesamtbetrage von 500 Millionen Mark für etwaige Ausfälle aus Kreditgeschäften zu übernehmen, welche die deutsche Golddiskontbank im Interesse der Aufrechterhaltung des deutschen Auslandskredits tätigt. Die Reichsregierung erläßt

[illegible] rchführung treuhän-
[illegible] ndustrieobligationen
[illegible] des Industriebank-
[illegible] l Seite 124) zuge-

[illegible] tt mit dem Tage

[illegible] Wirtschaft und In-
[illegible] die Hoover-Aktion
[illegible] ur Wiederherstel-
[illegible] nds in der Welt.
[illegible] Milliarde gegeben,
[illegible] n soll, um neues
[illegible] deutschen Wirt-
[illegible] rung hat diesen
[illegible] aber ein Opfer
[illegible] verordnung des
[illegible] gegeben. Diese
[illegible] eit derer, die die
[illegible] chte Licht. Jetzt
[illegible] rüstig weiterzu-
[illegible] en Industrie, im-
[illegible] für den Glauben
[illegible] Ist die Grund-
[illegible] politik, um deren
[illegible] haftsministerium,
[illegible] verordnung des
[illegible] schestens bemüht
[illegible] er bei denen lie-

Die Quittung wird präsentiert

England für Aufschiebung von Flottenbau und Zollunion.

London, 10. Juli.

Offensichtlich auf den Einfluß höherer Stellen hin fordert die englische Presse von Deutschland als Gegenleistung für die Hilfe, die es durch das Hoover-Moratorium erhalte, von sich aus freiwillig zur Verbesserung der europäischen Atmosphäre beizutragen. Deutschland soll, wie die „Times" und der der Regierung besonders nahestehende „Daily Herald" übereinstimmend sagen, von sich aus erklären, daß es die Arbeiten an dem neuen Panzerschiff „Ersatz Elsaß-Lothringen" während des Hoover-Moratoriums und die österreichisch-deutsche Zollvereinigung bis auf weiteres verschieben will.

Wie die „Times" jetzt dazu kommt, das deutsche Panzerschiff in den Mittelpunkt der Erörterungen zu stellen, ist völlig unverständlich. Wenn das Blatt sagt, wir sollten zur Konsolidierung in Europa beitragen, so kann demgegenüber nur betont werden, daß Deutschland nicht durch seine eigene Schuld in die fatale Lage geraten sei. Angesichts der grotesken Mißverhältnisse zwischen den Stärken der deutschen Flotte und beispielsweise der englischen und der französischen Flotte, muß eine derartige Verzichtleistung als eine unverständliche Zumutung bezeichnet werden. Abgesehen davon, würde auch ein Einstellen des Baues des Panzerschiffes „B" außerordentliche technische Schwierigkeiten mit sich bringen. Auf der auf gleicher Linie liegende Andeutung der „Times" hinsichtlich der Zollunion erregt in Berlin um so größere Verwunderung, als der „Daily Telegraph" erklärt hat, daß die englische Regierung nicht beabsichtige, politische Fragen mit den rein wirtschaftlichen und finanziellen Erörterungen zu verquicken. An zuständiger Stelle in Berlin wird erklärt, daß Deutschland das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Haager Gerichtshof, die noch in diesem Monat beginnen, abwarten werde.

Moratorium besteht bereits.

In amerikanischen Meldungen wird die Frage aufgeworfen, ob das Moratorium bereits in Kraft sei oder ob sein Inkrafttreten noch von den bevorstehenden Verhandlungen der Sachverständigenkonferenz abhängig sei. Nach deutscher Auffassung kann über das bereits erfolgte Inkrafttreten des Moratoriums nicht der geringste Zweifel bestehen, nachdem das Telegramm des Reichspräsidenten von Hindenburg an den Präsidenten Hoover unwidersprochen geblieben ist. Die deutschen Vertreter auf der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz sind noch nicht ernannt.

Die Unterredung von Hoesch-Laval.

Paris, 10. Juli

Von amtlicher Seite wird über die Unterredung des Botschafters von Hoesch mit dem Ministerpräsidenten Laval folgende Verlautbarung herausgegeben:

„In Abwesenheit des Außenministers Briand, der für zwei Tage aufs Land gefahren ist, hatte Botschafter von Hoesch eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Laval. Die Unterredung diente der Aussprache über die in Verfolg der Einigung über das Feierjahr nunmehr zu unternehmenden Schritte. Im Verlaufe der Unterredung gab der Botschafter die Befriedigung der deutschen Regierung darüber zu erkennen, daß der Vorschlag des Präsidenten Hoover nach Abschluß der Pariser Verhandlungen nunmehr von allen Mächten angenommen worden ist. Ferner gab der Botschafter dem Ministerpräsidenten Kenntnis von der Erklärung des Reichskanzlers vom 2. Juli und von der Kundgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk vom 7. Juli."

Der Besuch des deutschen Botschafters beim französischen Ministerpräsidenten findet in der Morgenpresse ein Echo, wie es nur bei sehr großen politischen Ereignissen üblich ist. Alle großen Informationsblätter widmen dem Ereignis lange Artikel. Sie unterstreichen besonders, der Botschafter habe den französischen Ministerpräsidenten wissen lassen, daß Brüning und Curtius bis zum 25. Juli in Berlin zurückgehalten seien, daß ihr Pariser Besuch aber in den letzten Tagen des Juli oder den ersten Tagen des August stattfinden könne.

Luther in London eingetroffen.

Reichsbankpräsident Dr. Luther ist von Berlin über Amsterdam nach London abgereist, wo er bereits eingetroffen ist. Dr. Luther beabsichtigt nach Beendigung seiner Verhandlungen in London, sich auf der Rückreise zunächst nach Brüssel und später nach Basel zu begeben. Ob Reichsbankpräsident Luther auch Paris einen Besuch abstatten wird, steht zur Stunde noch nicht fest.

Hoover dementiert sich.

Die Erklärung des Unterstaatssekretärs Castle, daß Hoover anfänglich die allgemeine Herabsetzung der politischen Schulden vorzuschlagen beabsichtigt habe, hatte den Eindruck erweckt, daß das einjährige Schuldenmoratorium lediglich als Auftakt einer substanziellen Reduzierung der Reparationszahlungen und der interalliierten Schulden gedacht sei.

Die Berichte der ausländischen Pressevertreter ließen erkennen, daß auch in den europäischen Hauptstädten die Aeußerung des Unterstaatssekretärs vielfach in dem gleichen Sinne ausgelegt worden ist.

Der heftige Widerspruch,

den diese Auslegung im Lager der unbedingten Revisionsgegner unter den Kongreßmitgliedern ausgelöst hat, veranlaßte Castle anscheinend auf Veranlassung Hoovers, die Erklärung zu widerrufen. Der Unterstaatssekretär betonte, daß Hoover zu keiner Zeit „irgendeine ständige Revision" der bestehenden Schuldenabmachungen vorgeschlagen oder in Erwägung gezogen habe, Zweck des Hoover-Planes sei lediglich gewesen, die durch die Weltdepression hervorgerufene wirtschaftliche Bürde zu erleichtern. Die Washingtoner Regierung habe ihren Standpunkt in der Erklärung Hoovers vom 20. Juni klar zum Ausdruck gebracht. Die Unantastbarkeit aller Schuldenabmachungen sei während der Verhandlungen ständig aufrechterhalten worden.

Im weiteren Verlauf des Presseempfanges erklärte Castle, daß die Unterzeichner des Youngplanes nunmehr vor der wichtigen Aufgabe ständen, die Inkraftsetzung des Hoover-Planes vor dem 15. Juli sicherzustellen, damit ein Mißklingen des Moratoriums vermieden werde.

Befriedigung über Castles Erklärungen.

Paris, 10. Juli. Mit Befriedigung werden die neuen Erklärungen des Staatssekretärs Castle aufgenommen. Die formelle Zurückweisung der Gerüchte, daß der Präsident eine allgemeine Revision der interalliierten Schulden und der Tribute ins Auge gefaßt habe und die Versicherung, daß alle Verträge respektiert werden würden, hat natürlich die französische Stellung außerordentlich gestärkt.

Im gleichen Sinne wird der Schritt der Reichsregierung ausgelegt, aus dem die französische öffentliche Meinung den Schluß zieht, Deutschland habe auf seinen Widerstand gegen die französische Politik und Stabilisierung der Verträge endgültig verzichtet und sei bereit, von neuem auf den Boden des Versailler Vertrages zu treten, sowie ihn Frankreich versteht.

Amerika nach Genf eingeladen.

Zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erhielt eine Einladung des Völkerbundes, an der Abrüstungskonferenz in Genf im Februar nächsten Jahres teilzunehmen. Nach Aeußerungen in Regierungskreisen wird dem Völkerbund in den nächsten Tagen mitgeteilt werden, daß Amerika die Einladung gern annehme.

Hoovers Abgesandter zur Sachverständigenkonferenz.

Washington, 10. Juli. **Hoover bestimmte den Botschafter Gibson als Vertreter Amerikas zum Sachverständigenkomitee zur Ausarbeitung der Einzelheiten des Moratoriumsplans. Da man bisher mit der Entsendung eines Botschaftsrats von der Pariser Botschaft gerechnet hat, zeigt die Ernennung Gibsons, daß Präsident Hoover der Sachverständigenkonferenz erhöhte Bedeutung beizulegen scheint.**

Erster Erfolg des Hoover-Plans

Keine weitere Inanspruchnahme des Schatzanweisungskredits.

Berlin, 10. Juli. Das Reichsfinanzministerium hatte durch die Reichsbank mit einer inländischen Bankengruppe einen Schatzanweisungskredit abgeschlossen, der bis zu 250 Millionen betragen sollte, aber nur mit 184 Millionen Mark in Anspruch genommen worden ist. Die Fälligkeit dieses Betrages war für den 16. Juli vorgesehen. Das Reichsfinanzministerium hat sich entschlossen, von seinem Prolongationsrecht keinen Gebrauch zu machen. Demnach wird der Betrag von 184 Millionen Mark am 16. Juli dem Geldmarkt wieder zugeleitet.

Kampfansage der nationalen Opposition.

Sonderbesprechungen zwischen Hugenberg und Hitler.

— **Berlin**, 10. Juli.

In Berlin trafen Vertreter der rechtsgerichteten Opposition zu einer Sonderbesprechung zusammen, an der Dr. Hugenberg und Adolf Hitler teilnahmen. In dem über die Tagung ausgegebenen kurzen Kommunique, das den Charakter einer Kampfansage trägt, heißt es, daß der Versuch der derzeitigen Machthaber, die Erfüllungspolitik unter verschleierten neuen Formen auch weiterhin aufrecht zu erhalten, zu einheitlichem, ernstem Entschluß führte. Die nationale Opposition werde den Entscheidungskampf zur Niederringung des heutigen Systems einleiten und durchführen.

Anleiheverhandlungen in London?

Nachdem mit der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten auf der Grundlage des Bürgschaftsangebots der führenden Unternehmen die Möglichkeit zu Anleiheverhandlungen mit der ausländischen Finanz gegeben ist, rechnet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310711-15/fragment/page=0005